

SWOT-Analyse - Ukraine (November 2018)

15.11.2018

Inhalt

- ▶ Nach dem Euromaidan wurden viele Reformen auf den Weg gebracht
- ▶ Mangelnde Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung
- ▶ Wahljahr 2019 als Schicksalsjahr
- ▶ Abwanderung und Brain-Drain bergen Risiken

Wahlen 2019 entscheiden über weiteren Kurs des Landes / Von Fabian Nemitz

Kiew (GTAI) - Die Ukraine kann mit vielen Standortvorzügen punkten, bleibt bislang aber weit unter ihrem Potenzial. Die Wahlen 2019 entscheiden, ob das Land den Reformkurs fortsetzt.

Mit einer Fläche von 603.700 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von über 40 Millionen Menschen zählt die Ukraine zu den größten Staaten Europas. Dank fruchtbarer Böden, weiter Anbauflächen, großer Humanressourcen und einer langen industriellen Tradition verfügt die Ukraine über ein enormes wirtschaftliches Potenzial, bleibt bislang aber weit unter ihren Möglichkeiten. Im Jahr 2017 lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei 2.656 US-Dollar (US\$) gegenüber 13.821 US\$ in Polen.

SWOT-Analyse Ukraine

Strengths (Stärken)	Weaknesses (Schwächen)
<ul style="list-style-type: none"> • Großer Binnenmarkt. • Geografische Nähe zur EU. • Assoziierungsabkommen und Freihandelszone mit der EU. • Große landwirtschaftliche Ressourcen. • Günstige Produktionskosten. 	<ul style="list-style-type: none"> • Korruption. • Mängel bei Rechtssicherheit und Schutz von Eigentumsrechten. • Schrumpfende Bevölkerung und niedrige Pro-Kopf-Einkommen. • Oligarchische Strukturen und mangelnder Wettbewerb. • Mängel in der Infrastruktur.
Opportunities (Chancen)	Threats (Risiken)
<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Strukturreformen. • Weitere Einbindung in Zulieferketten mit EU-Staaten, unter anderem in der Kfz- und Leichtindustrie. • Kredite internationaler Geber für Projekte in Infrastruktur, Industrie und Landwirtschaft. • Freisetzung des Agrarpotenzials infolge einer künftigen Aufhebung des Landmoratoriums. • Ausbau der Wertschöpfung in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie. 	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Instabilität in Zusammenhang mit den Wahlen 2019. • Ende des Reformkurses. • Andauernde Defizite bei der Korruptionsbekämpfung. • Weitere Abwanderung von Fachkräften und Brain-Drain. • Ungelöster Konflikt in der Ostukraine und zunehmende Spannungen im Asowschen Meer.

© 2018 Germany Trade & Invest

MKT201811148011.14

Nach dem Euromaidan wurden viele Reformen auf den Weg gebracht

Mangelnde Reformen, Korruption, fehlende Rechtssicherheit, oligarchische Strukturen und die Selbstbedienungsmentalität der Eliten sind Gründe, weshalb die Ukraine mehr als ein Vierteljahrhundert nach Erlangung der Unabhängigkeit zu den ärmsten Staaten Europas zählt. Eine schwere Belastung ist der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine, der Menschenleben fordert und Investoren abschreckt. Pro Jahr wendet die Ukraine 5 Prozent ihres BIP für die Armee auf.

Die mit den Protesten des Euromaidan 2013/14 begonnene Westorientierung bietet Chancen zu einem Neuanfang. Seit 2014 hat die Regierung, nicht zuletzt unter dem Druck internationaler Geber und der Zivilgesellschaft, mehr Reformen umgesetzt als in den 20 Jahren zuvor. Zu den wichtigsten Erfolgen zählen die Umstrukturierungen im Bankensektor, die Einrichtung einer transparenten Auftragsvergabe, der Abbau von Bürokratie und die Reform des Gasversorgers Naftogaz. Reformen im Gesundheitswesen, dem Energiesektor, der Verwaltung ein-

schließlich Dezentralisierung wurden auf den Weg gebracht. Sie alle sollen die Ukraine näher an die Europäische Union (EU) führen.

Mangelnde Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung

Der Reformprozess verläuft jedoch nicht reibungsfrei. Große Defizite gibt es bei der Korruptionsbekämpfung und im Gerichtswesen. Seilschaften verhindern allzu oft die Bestrafung von Korruption. Aktivisten aus der Zivilgesellschaft, die gegen diese Praxis ankämpfen, sind Angriffen ausgesetzt, die nur unzureichend aufgeklärt werden. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat die Ukraine im Sommer 2018 das Gesetz zur Einrichtung eines Antikorruptionsgerichts beschlossen. Es bleibt zu hoffen, dass die neu zu gründende Institution zu mehr Erfolgen bei der Korruptionsbekämpfung führt.

Wahljahr 2019 als Schicksalsjahr

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im März beziehungsweise Herbst 2019 entscheiden über den weiteren politischen Kurs der Ukraine. Wichtig bleibt die Zusammenarbeit mit dem IWF, an die die Hilfsgelder von EU und Weltbank gekoppelt sind und ohne die das Land die 2019 fällig werdenden Auslandsschulden kaum stemmen kann. Die im Oktober 2018 erzielte vorläufige Einigung auf ein neues Beistandspaket gibt Hoffnung. Doch muss sich zeigen, ob auch die neue Regierung bereit ist, die Forderungen des IWF nach Strukturreformen zu erfüllen. So hat die Opposition - allen voran die in Umfragen führende Präsidentschaftskandidatin Julija Tymoschenko - die zum 1. November 2018 erfolgte Anhebung der Gaspreise für private Verbraucher scharf kritisiert.

Abwanderung und Brain-Drain bergen Risiken

Trotz günstiger Produktionskosten, des großen Binnenmarktes und der Nähe zur EU fließt Kapital ausländischer Investoren bislang nur zäh in die Ukraine. Zu den Ausnahmen zählen die Kfz-Zulieferer in der Westukraine, die sich auf arbeitsintensive Produktionsschritte konzentrieren und von niedrigen Lohnkosten profitieren. Viele deutsche Unternehmen sind in dem Segment aktiv.

Die Personalsuche gestaltet sich jedoch immer schwieriger. Der Wettbewerb um Fachkräfte nimmt zu. Viele Ukrainer suchen ihr Glück im Ausland, besonders in den westlichen Nachbarländern, die händeringend Arbeitskräfte suchen. Der Brain-Drain birgt Risiken für die Ukraine mit ihrer schrumpfenden Bevölkerung.

Mehr zum Land finden Sie unter: <http://www.gtai.de/ukraine> ▶

KONTAKT

Verena Saurenbach

☎ +49 228 24 993 283

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2018 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.